

Fatale Verwirrung

■ VON CHRISTINA LEUTWYLER

Erhalten die Rentnerinnen und Rentner auf Anfang 1995 ihren gesetzlich zugesicherten Teuerungsausgleich von 3,7 Prozent oder nicht? Wir wissen es nicht.

Sicher ist: Der Bundesrat hat den Verzicht auf die Rentenanpassung diskutiert, und er hat diesen Vorschlag bisher nicht verworfen. Vizekanzler Achille Casanova erweckte im Anschluss an die Bundesratssitzung ganz klar den Eindruck, die Regierung werde in diese Richtung gehen und dem Parlament den Aufschub des Teuerungsausgleichs beantragen. Einen Tag später schwächte er seine Aussage ab: Der Bundesrat habe lediglich grundsätzlich entschieden, den Sparvorschlag weiterzuverfolgen.

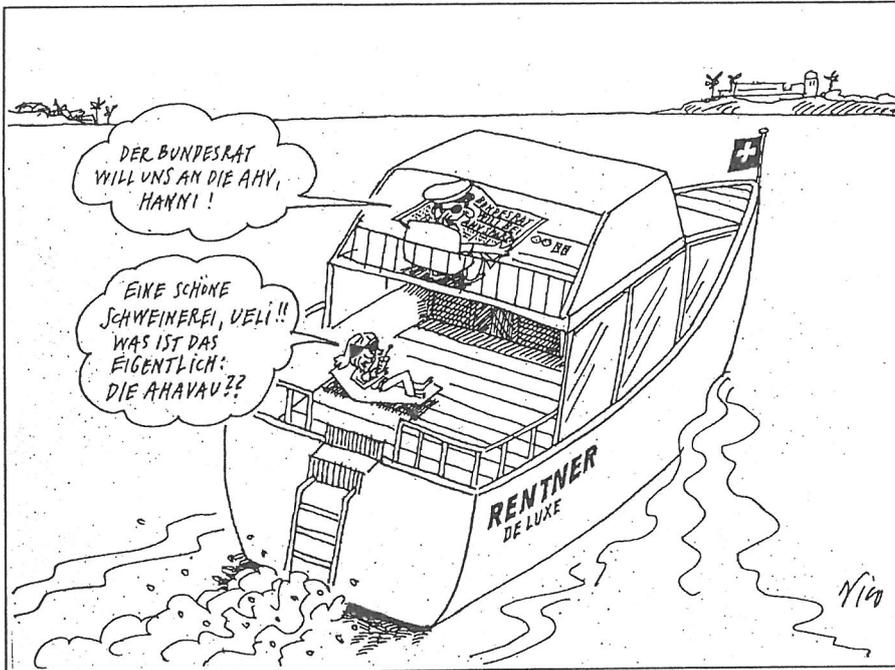
Vielleicht war wirklich nicht ganz klar, was die Landesregierung in ihrer mehrstündigen Finanzdiskussion entschieden oder eben nicht entschieden hat. Regierungssprecher Casanova hätte daher die Öffentlichkeit umsichtiger informieren müssen – vor allem beim heiklen Thema AHV-Renten. Oder wollte der Bundesrat einen Versuchsballon steigen lassen, um die Reaktionen von Parteien und Verbänden zu testen?

Die AHV-Renten anzutasten ist trotz der enormen Finanzprobleme noch immer ein Tabu. Dies zeigen vor allem die Reaktionen der Sozialdemokraten und der SVP, die genau wissen, dass in einem Jahr eidgenössische Wahlen sind. Weniger klar ist, ob die FDP und die CVP auch bei der AHV sparen wollen oder nicht.

Die Freisinnigen haben bereits in ihren Sanierungsvorschlägen gefordert, die Anpassung der Renten sei von der Lohnentwicklung abzukoppeln. Zudem wollen sie die Teuerung bei den Renten künftig nicht mehr ganz, sondern abgestuft nach dem Einkommen der Bezügerinnen und Bezüger ausgleichen. Die CVP dümpelt im freisinnigen Fahrwasser. Sie will nicht generell auf die Rentenanpassung verzichten, ist aber der Idee eines differenzierten Teuerungsausgleichs nicht völlig abgeneigt.

Unabhängig davon, was der Bundesrat schliesslich dem Parlament vorschlagen wird: Die Glaubwürdigkeit des Siebnergremiums ist erneut angeschlagen. Zahlreiche, vor allem ältere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Land werden sich ärgern: entweder über den Kaufkraftverlust ihrer Rente oder über das Verwirrspiel um ihr Grundeinkommen. Für viele wird die Versuchung gross sein, dem Bundesrat bei nächster Gelegenheit eins auszuwischen.

Die nächste Abstimmung steht bereits kommende Woche an. Es ist zu hoffen, dass alle eines einsehen: Die AHV-Renten haben mit dem Anti-Rassismus-Gesetz nichts, aber auch gar nichts zu tun. Mit einem Protest-Nein am 25. September ist den Rentnerinnen und Rentnern nicht geholfen.



Aus dem Leben der anderen Pensionäre gegriffen.

Ein Versuchsballon?

AHV-Renten: Vizekanzler krebst zurück – Harsche Kritik

Verwirrspiel um die AHV-Renten: Der Verzicht auf den Anfang 1995 fälligen Teuerungsausgleich ist noch nicht beschlossene Sache (TA vom Donnerstag, Teil der Auflage).

Bern. – Der Bundesrat habe lediglich Grundsatzentscheide getroffen, bei welchen Ausgaben zusätzliche Kürzungen in Frage kämen, präzisierte Vizekanzler Achille Casanova am Donnerstag seine Informationen vom Vortag. Casanova weiter: «Ich bedaure, wenn meine Ausführungen den Eindruck vermittelt haben, die erwähnten Sparmassnahmen wären bereits beschlossen worden.»

Harsche Kritik an dieser Informations-

politik übten Exponenten der vier Bundesratsparteien. Dies sei offenbar eine Art Versuchsballon, der zeigen solle, wo die Schmerzgrenze sei, meinte CVP-Generalsekretär Raymond Loretan. Die CVP wolle zuletzt bei der AHV sparen. Dennoch dachte Loretan laut darüber nach: Wenn schon bei der AHV gespart werden solle, dürfe dies nicht jene treffen, die nur von der Rente lebten. Für FDP-Generalsekretär Christian Kauter ist die Einführung eines abgestuften Teuerungsausgleichs schon auf 1995 denkbar. SP und SVP lehnen den Verzicht auf den Teuerungsausgleich ab. (cl)

Bericht in der fünften Spalte
Weiterer Bericht Seite 7

Renten im Sog der Sparübung

«Grundsatzentscheid» gegen Teuerungsausgleich – weiterhin alles offen

Die AHV-Renten sind in den Sog der Sparübungen geraten. Die Art, wie dies geschehen ist, hat Verwirrung gestiftet. Vordergründig ging es dabei um die Bedeutung des Wortes «Grundsatzentscheid».

■ VON CHRISTINA LEUTWYLER, BERN

Der Bundesrat habe eine ganze Reihe von Grundsatzentscheiden getroffen, damit das Ziel eines weniger defizitären Budgets 1995 erreicht werden könne, kündigte Vizekanzler Achille Casanova am Mittwoch an. An erster Stelle nannte er den Dringlichen Bundesbeschluss zur AHV, der den Verzicht auf eine Rentenerhöhung ermöglichen würde. Nachdem er die Sparvorschläge im Umfang von rund 600 Millionen Franken erläutert hatte, hielt der für die Informationspolitik des Bundesrates verantwortliche Vizekanzler nochmals fest: «Der Bundesrat hat heute Grundsatzentscheide getroffen. Diese Entscheide werden nun im Finanzdepartement zusammen mit den anderen Departementen bearbeitet, so dass der Bundesrat seine definitiven Entscheide entweder nächsten Montag oder am Montag in einer Woche treffen kann.»

Dreifuss: Keine Entscheide

Für die Medienschaffenden war nach dieser Information klar: Der Bundesrat hat grundsätzlich entschieden, die Renten auf Anfang 1995 nicht zu erhöhen, und die

Details müssen noch ausgearbeitet werden. Doch so ganz klar war die Sache nicht. Jedenfalls korrigierte Bundesrätin Ruth Dreifuss am späten Mittwochabend die Information des Vizekanzlers. «Die Landesregierung hat eine ganze Liste möglicher Massnahmen zur weiteren Sanierung des Haushaltes durchdiskutiert. Jedoch nur im Sinne eines Gedankenaustausches – entschieden wurde nichts», sagte die Innenministerin gegenüber dem TA auf Anfrage, nicht ohne sich bei Bundespräsident und Finanzminister Otto Stich rückversichert zu haben.

Rätseln im Bundeshaus

Am Donnerstagmorgen ging im Bundeshaus das grosse Rätseln um die Rentenanpassung los. Ruth Dreifuss bekräftigte via ihre Sprecherin Dominique Rub, es sei nichts entschieden. Der Bundesrat habe in Richtung weiterer Einsparungen nachgedacht, wie die bürgerlichen Parteien dies gewünscht hätten, und die Konsequenzen aufgezeigt. Für die Innenministerin sei noch offen, ob auf die Rentenerhöhung verzichtet werde oder nicht. Auch aus dem Umfeld von Bundesrat Adolf Ogi kam die Bestätigung, es seien keine Beschlüsse gefasst worden.

Vizekanzler Achille Casanova – unterwegs auf dem Ausflug der Bundeskanzlei – sprach von einem Missverständnis: Der Bundesrat habe lediglich grundsätzlich entschieden, diese mögliche Sparmassnahme weiterzuverfolgen. Später bekundete Casanova schriftlich sein Bedauern für die Tatsache, dass seine eigenwillige Interpretation des Wortes «Grundsatzentscheid» Verwirrung gestiftet hatte.

Die Hintergründe der Diskussion um die Rentenanpassung blieben am Donnerstag weitgehend im dunkeln. Auszuschliessen ist, dass Innenministerin Dreifuss hinter dieser Sparübung steht. Auch Finanzminister Stich wird – trotz seiner ständigen Sparappelle – kaum vorgeschlagen haben, den Rentnerinnen und Rentnern den Teuerungsausgleich vorzuenthalten. Am wahrscheinlichsten ist, dass der Vorstoss im Bundesrat von freisinniger Seite kam.

Ein freisinniger Vorschlag?

Die FDP ist jene Bundesratspartei, die bisher als einzige Sparmassnahmen bei der AHV vorgeschlagen hat (siehe Frontseite). Zwar versicherte FDP-Generalsekretär Christian Kauter, es solle kein Sozialabbau betrieben werden – frankenmässig kein Abbau, wie er präziserte. Den Sparvorschlag auf Kosten der Rentnerinnen und Rentner kommentierte er allerdings äusserst zurückhaltend: «Ich kann noch nicht sagen, ob dies der Weisheit letzter Schluss ist.»

CVP-Generalsekretär Raymond Loretan sagte: «Die AHV ist der letzte Ort, wo gespart werden soll. Wenn schon in diesem Bereich gespart wird, dann nicht nach dem Giesskannenprinzip. Wer nur von der Rente lebt, soll nicht betroffen werden.» Die CVP scheint somit dem von der FDP angestrebten differenzierten Teuerungsausgleich nicht abgeneigt.

Ein klares Nein zum Sparvorschlag bei der AHV kam aus den Parteizentralen der SVP und der Sozialdemokraten. SVP-Generalsekretärin Myrtha Welti sagte: «Wir wollen die AHV im Moment nicht antasten.»